Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

sehr geehrter Herr Bundesminister des Inneren, für Bau und Heimat,

die Katastrophe, vor der schon seit vielen Monaten gewarnt wird, ist mit der Corona-Pandemie in das für 2.800 Personen ausgerichtete, aber mit circa 13.000 Menschen maßlos überfüllte Lager „Moria“ eingezogen.

Unter Quarantäne gestellt waren die Geflüchteten dort unter unwürdigsten Umständen, ohne ausreichende medizinische Betreuung, unzureichender Versorgung mit Nahrung, ohne zuverlässige Wasserversorgung dem Virus hilflos ausgeliefert. Für uns selbstverständliche Hygienevorkehrungen wie Hände waschen und Abstand einhalten waren dort nicht möglich.

Nun hat der Großbrand mehr als 12.000 Menschen, darunter viele Frauen, Kinder und Babys obdachlos gemacht. Sie haben buchstäblich alles außer ihrem Leben verloren und müssen jetzt, auch Kinder mit Brandwunden, die unbehandelt bleiben, auf der Straße hausen. Die Behörden sind völlig überfordert und schaffen es nicht, für das Nötigste zu sorgen, sodass die Menschen in Ihrer Verzweiflung bereits Abwasser trinken.

Wir haben Platz! Mit mehr als 170 Sicheren Häfen und zahlreichen ehrenamtlichen Integrationshelfer\*innen gibt es genug Ressourcen in Deutschland, um maßgeblich zum Schutz der Schwächsten beizutragen, zumal die Aufnahme des im Koalitionsvertrag zugesagte Kontingents von 200.000 geflüchteten Menschen noch lange nicht erreicht ist.

Bestürzt nehmen wir zur Kenntnis, dass das Bundesinnenministerium selbst jetzt noch den Initiativen für eigene Aufnahmeprogramme der Bundesländer Berlin und Thüringen, der Landkreise, Städte und Kommunen eine Absage erteilt und fordern ein Ende dieser Blockadehaltung!

Moria und ähnliche katastrophale Lager müssen sofort evakuiert, die Bewohner\*innen menschenwürdig und unter Achtung ihrer Rechte als Asylsuchende untergebracht werden.

Mit der EU-Ratspräsidentschaft hat Deutschland eine besondere Verantwortung und auch eine Chance, die im Sinne der europäischen und humanitären Werte ergriffen werden muss. Wir müssen nun unseren Einfluss geltend machen und mit gutem Beispiel vorangehen. Machen Sie den Weg frei, damit die Sicheren Häfen gemäß der Beschlüsse ihrer Gemeinderät\*innen eine von ihnen gewählte Anzahl Menschen direkt aufnehmen können.

Mit freundlichen Grüßen,